



Initiative „Bürger im Neckartal“

## PRESSEMITTEILUNG

13. März 2025

- **„Die Anlage in Walheim ist politisch gewollt!“ – Sind umwelt- und klimapolitische Ziele nachrangig, wenn es konkret wird?**
- **Für die Initiative „Bürger im Neckartal“ sind die jüngsten Aussagen der grün geführten Landesregierung bitter und enttäuschend.**

Die BI begrüßt die Initiative des CDU-Landtagsabgeordneten Tobias Vogt, der umwelt- und klimapolitische Versäumnisse der Landesregierung in seinem Schreiben an Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Umweltministerin Thekla Walker anmahnte. Die Antwort der Landesregierung über deren Umweltministerin ist ein Beleg dafür, wie leicht hehre klima- und umweltpolitische Ambitionen der Grünen in der praktischen Umsetzung aufgegeben bzw. an die Kommunen delegiert werden.

Aktuelles Beispiel: Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) in Walheim

„Die Landesregierung verweist für die Klärschlamm-Entsorgung allein auf die kommunale Zuständigkeit. Aber das Land bleibt dennoch für die Rahmenbedingungen verantwortlich. Wie kann es sein, dass einzelne Regionen im Land lieber weite Transportwege befürworten, als nachhaltig und zukunftsorientiert eigene dezentrale Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen? Und wie kann es sein, dass die Landesregierung auf einer verbandseigenen Kommunikationsformat „Plattform P-Rück“ für die Kommunen zentrale Entsorgungsstandorte wie z. B. in Walheim aktiv befürwortet und als kommunale Lösungswege unterstützt, ohne interessensgeleitete Argumente der Entsorgungsunternehmen vorweg eingehender zu prüfen? Beim Standort Walheim werden weder der Schienenanschluss noch der Neckarwasserweg genutzt, für die EnBW jedoch als Entscheidungskriterien dargestellt! Und wie kann es sein, dass die EnBW ohne Nutzungskonzept ihre Restwärme einfach und dauerhaft an die Umgebungsluft abgeben kann?“, kritisieren die beiden Sprecher der Initiative „Bürger im Neckartal“ (BI) Matthias Appelt und Rudi Ringwald.

Und weiter: „Die Landesregierung verweist gerne und erneut auf das scheinbar interessensneutrale immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren durch das Regierungspräsidium. Aber darin werden wesentliche Umweltaspekte wie überlange Transportwege und die fragwürdige dauerhafte Abwasserentsorgung über die Straße statt Leitung unberücksichtigt gebilligt.“

„Umgekehrt wird die kommunale Planungshoheit der vier Anliegergemeinden der geplanten KVA missachtet“, betonen die BI-Sprecher. Die jeweiligen Gemeinderäte, der Gemeindeverwaltungsverband Besigheim, der Verband Region Stuttgart hatten gegen eine Nutzungsänderung des EnBW-eigenen Betriebsgeländes entschieden. Trotzdem hat das

zuständige grün geführte Regierungspräsidium (RP) eine sogenannte Zielabweichung genehmigt, als Einzelfallentscheidung also auch den Bau einer Abfallentsorgungsanlage, obwohl das Gelände im Regional- und Flächennutzungsplan nur für Stromerzeugung und deren Umwandlung ausgewiesen ist. „Auch hier hätte die Landesregierung ihrer klima- und umweltpolitischen Zielsetzung bei der Entscheidung ihres RP Nachdruck verleihen können“, stellt die BI klar.

Die BI bemängelt auch, dass die Landesregierung und das RP als nachgeordnete Behörde auf nicht in Anspruch genommene Dialogangebote der EnBW verweisen, wohl wissend, dass die EnBW stets und unverblümt jegliche Abstriche an ihren Bauplänen verweigerte. Das Dialog-Angebot auf Initiative des Landtagsabgeordneten Tobias Vogt (CDU) unter Mitwirkung von Taifun Tok (Grüne) wurde von der EnBW nur halbherzig aufgegriffen, die von der EnBW zugesagte Fortsetzung nach der ersten Veranstaltung im April 2022 von ihr wieder abgesetzt. „Ist das neue RP-Dialogformat „Werkstattgespräche“ dem Namen würdig, wenn es nur noch um technische Detaillösungen zugunsten der EnBW rund um das Genehmigungsverfahren der KVA geht?“, fragen sich die BI-Sprecher.

Nicht nur für die BI bitter und enttäuschend ist die Erkenntnis, dass sich die Landesregierung ihre vermeintliche Nichtzuständigkeit als Landregierung über eine Kleine Anfrage beim Landtag durch Taifun Tok bestätigen will und dieselbe Argumentation auch im Antwortschreiben des Umweltministeriums an Tobias Vogt wiederholt.

Im konkreten Fall taugt auch die beworbene Politik des Hinhörens und der Bürgernähe dann doch nicht, wenn die Landesregierung ihre Positionen im direkten Kontakt und Gespräch mit den betroffenen Bürgern vertreten sollte. Weder Kretschmann noch Walker sind dafür bereit. Auch Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, oder die klimapolitische Sprecherin der Grünen im Landtag haben dafür Zeit. Und Taifun Tok steht dazu „nicht zur Verfügung“.

Die Aussage der EnBW beim Erörterungstermin im Juni 2024 ist wohl eindeutig: „Die Anlage in Walheim ist politisch gewollt!“

---

**Ansprechpartner:**

Matthias Appelt – [appelt@buerger-im-neckartal.de](mailto:appelt@buerger-im-neckartal.de) – mobil: 0173 277 07 54  
Rudi Ringwald – [ringwald@buerger-im-neckartal.de](mailto:ringwald@buerger-im-neckartal.de) – mobil: 0171 999 60 08